

**Verwaltungsbericht  
von Landrat Dr. Rolf-Oliver Schwemer  
zur Kreistagssitzung  
am 17. Juni 2019**

Frau Kreispräsidentin,  
meine Damen und Herren,

in meinem Verwaltungsbericht werde ich auf folgende Themen eingehen:

- 1. Ausbildungs-Speed-Dating,**
- 2. Deckenerneuerung auf Kreisstraßen,**
- 3. Einwegplastik in der Kreisverwaltung,**
- 4. Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale und des Löschzug-Gefahrgut,**
- 5. ÖPNV – Vorstellung eines innovativen Pilotprojekts für den Wirtschaftsraum Rendsburg,**
- 6. Jobticket für Beschäftigte der Kreisverwaltung.**

Zu den Themen im Einzelnen:

### **Ausbildungs-Speed-Dating**

Zunächst möchte ich Ihnen berichten, wie unser Speed-Dating für Flüchtlinge gelaufen ist. Über unsere Planungen hatte ich Sie bereits in der März-Sitzung des Kreistages informiert.

Das Speed-Dating fand Ende April statt. Junge Geflüchtete und potentielle Arbeitgeber hatten in kurzen Gesprächen die Möglichkeit, sich gegenseitig kennenzulernen. Auf diese Weise sollten Perspektiven für eine Zusammenarbeit ausgelotet werden. Ziel der

Veranstaltung war es, möglichst viele junge Geflüchtete in ein Ausbildungsverhältnis zu bringen.

41 Ausbildungsbetriebe und etwa 200 junge Geflüchtete nahmen an der Veranstaltung teil. Im Nachgang zu der Veranstaltung wurde eine Abfrage über die Ergebnisse durchgeführt. Danach stellt sich die Situation folgendermaßen dar (Stand: 6. Juni 2019):

| <b>Durch die<br/>Veranstaltung<br/>zustande gekommene<br/>Praktika</b> | <b>Durch die Veranstaltung<br/>zustande gekommene<br/>Einstiegsqualifizierungen</b> | <b>Durch die Veranstaltung<br/>zustande gekommene<br/>Ausbildungsverhältnisse</b> |
|--|---|---|
| <b>23/6<br/>(bereits vereinbart/in<br/>Aussicht)</b>                   | <b>0/4<br/>(bereits vereinbart/in<br/>Aussicht)</b>                                 | <b>0/3<br/>(bereits vereinbart/in<br/>Aussicht)</b>                               |

Die Anzahl der zustande gekommenen Praktika ist sehr erfreulich. Was die Einstiegsqualifizierungen sowie die Ausbildungsverhältnisse anbelangt, hätten wir uns bessere Ergebnisse gewünscht. Allerdings geben diese Zahlen noch nicht das abschließende Ergebnis wieder. Einige Unternehmen haben uns zurückgemeldet, dass Bewerbungen, die sich aus der Veranstaltung ergeben haben, noch bearbeitet werden. Möglicherweise werden sich die Zahlen deshalb in den nächsten Wochen noch verändern.

In einer Nachbetrachtung der Veranstaltung sind folgende Aspekte herausgearbeitet worden, die möglicherweise zu den momentanen Ergebnissen geführt haben:

- In den Herkunftsländern der Geflüchteten existiert kein Ausbildungssystem nach unseren Maßstäben. Den meisten jungen Geflüchteten ist das Konzept des deutschen Ausbildungssystems gänzlich unbekannt. Die Bereitschaft, sich um eine Ausbildung zu bewerben, muss bei vielen Geflüchteten zunächst überhaupt erst einmal geweckt werden.
- Auch wenn die jungen Geflüchteten, die an dem Speed-Dating teilgenommen haben, allesamt bereits über ein mittleres Sprachniveau (B1 oder B2) verfügen, stellt sich das Kriterium Sprachkompetenz oftmals als das größte Hindernis dar.

Gerade soweit es um berufsspezifische Fachsprache geht, wurde der Bedarf an zusätzlichen Vorbereitungs- und Unterstützungsmaßnahmen deutlich.

Die Anzahl der im Rahmen des Speed-Dating vereinbarten betrieblichen Praktika lässt hoffen, dass sich im Zeitverlauf über das Praktikum dann doch noch das eine oder andere Ausbildungsverhältnis ergeben wird.

Darüber hinaus bemühen wir uns gemeinsam mit den Kooperationspartnern, besonders qualifizierte Neuzugewanderte, für die sich aus der Veranstaltung keine Praktikums- oder Ausbildungsperspektive ergeben haben, anderweitig in den Arbeitsmarkt zu integrieren.

Eine abschließende Bewertung des Speed-Dating steht noch aus. Ebenso ist noch offen, ob und wenn ja in welchem Format wir als Kreisverwaltung zukünftig vergleichbare Veranstaltungen zur Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt organisieren werden. Diese Punkte werden wir mit unseren Kooperationspartnern in weiteren Gesprächen erörtern und dann abschließend klären.

### **Deckenerneuerung auf Kreisstraßen**

Anfang des Jahres hatte ich im Hauptausschuss berichtet, dass einige Deckenerneuerungsmaßnahmen, die wir uns ursprünglich für dieses Jahr vorgenommen hatten, aufgrund verschiedener Umstände wohl erst später durchgeführt werden können. Anschließend wurde im Umwelt- und Bauausschuss eine überarbeitete Planung für das Jahr 2019 vorgestellt. Danach sollen im Jahr 2019 insgesamt 12 Maßnahmen mit einem geschätzten finanziellen Volumen von rund 15 Millionen EUR umgesetzt werden.

Die Umsetzung dieser überarbeiteten Planung verläuft plangemäß. Im Einzelnen stellt sich die Situation folgendermaßen dar:

- Zwei Maßnahmen, nämlich die Streckenabschnitte K 38 Todenbüttel bis zur Kreisgrenze sowie die K 83 im Abschnitt zwischen Kosel und Rieseby, sind bereits umgesetzt.
- Eine weitere Maßnahme, nämlich die Sanierung der K 45 im Abschnitt Bokel bis Bokelholm, wird im Laufe dieser Woche fertig gestellt.

- Zwei weitere Sanierungsmaßnahmen laufen. Dies betrifft die K 78 von Groß Wittensee bis Haby sowie die K 32 von Rodenbek bis Rumohr.

Die Planungen für die nächsten Monate sehen folgendermaßen aus:

- Sobald die Bauarbeiten an der K 32 von Rodenbek bis Rumohr abgeschlossen sind – dies soll bis Ende Juni erfolgen -, beginnen die Arbeiten an der K 6 zwischen Molfsee und der K 32. Dieser Abschnitt soll dann bis Ende Juli fertiggestellt werden.
- Die Deckenerneuerung der K 1 im Bereich Alt Duvenstedt bis zur L 265 soll ab Anfang Juli umgesetzt werden. Die Fertigstellung ist bis Ende August vorgesehen.
- Die Abschnitte K 12 von Padenstedt bis Neumünster und K 67 von Bredenbek bis zur L 48 sollen im August fertig gestellt werden.
- Die K 59 von Rieseby bis zur K 58 soll in dem Zeitraum August bis September saniert werden.
- Die Umsetzung der Vorhaben K 90 von Levensau bis Eckholz und K 81 von Heinkenborstel bis Aukrug ist für die Monate September und Oktober geplant.

Was mich besonders freut: Bei allen Maßnahmen sind wir bisher im Rahmen und teilweise sogar unterhalb der Kostenschätzungen geblieben.

Wenn es tatsächlich gelingt, alle Maßnahmen in der beschriebenen Weise umzusetzen, werden wir am Ende des Jahres mit der Kreisstraßensanierung einen riesigen Schritt nach vorne gekommen sein.

### **Einwegplastik in der Kreisverwaltung**

Der Umwelt- und Bauausschuss hat in sich seiner Sitzung am 9. Mai 2019 dafür ausgesprochen, dass in den Gebäuden der Kreisverwaltung und den beruflichen Schulen des Kreises sowie bei Veranstaltungen von Institutionen und Gesellschaften, an denen er beteiligt ist, auf Einwegplastik verzichtet wird.

Wir haben das Thema aufgegriffen und eine Bestandsaufnahme vorgenommen, und zwar in Bezug auf sämtliche Beschaffungsvorgänge innerhalb der Kreisverwaltung. Dabei

haben wir neben der Einwegplastikproblematik auch die Umweltverträglichkeit in einem weiteren Sinne betrachtet.

Die Bestandsaufnahme hat Folgendes ergeben:

- Sämtliche Reinigungsmittel, die durch die Kreisverwaltung für die Gebäudereinigung beschafft werden, sind umweltzertifiziert, mit Qualitätssiegeln versehen und frei von Mikroplastik. Gleiches gilt für die Reinigungsmittel, die bei Fremdreinigung durch Vertragspartner in den kreiseigenen Gebäuden zum Einsatz kommen. Auch sie sind frei von Mikroplastik.
- Auch in den WC-Räumen wird auf eine umweltschonende Nutzung geachtet. Die Flüssigseifen sind dermatologisch getestet und frei von Mikroplastik. Gleiches gilt für die Desinfektionsmittel für die Hände in den WC-Vorräumen. Auch sie sind frei von Mikroplastik.
- Die zwei Wasserspender, die im Kreishaus aufgestellt sind, verwenden keine Plastik-, sondern Papierbecher.

Bei der Bestandsaufnahme sind wir auch auf Bereiche gestoßen, in denen Einwegplastik noch zum Einsatz kommt. Soweit es möglich ist, haben wir konkrete Maßnahmen in die Wege geleitet, um davon wegzukommen. Das gilt für folgende Bereiche:

- Im Kantinenbetrieb innerhalb des Kreishauses wurde in der Vergangenheit Einweg-Kaffeesahne verwendet sowie Mineralwasser in Mehrweg-Plastikflaschen angeboten. Mit unserem Kantinenbetreiber wurde vereinbart, in Zukunft sowohl im Tagesgeschäft als auch bei Veranstaltungen und Ausschusssitzungen auf den Einsatz dieser Plastikartikel zu verzichten. Beides wird zukünftig nicht mehr zum Einsatz kommen. Dabei gilt folgende Einschränkung: Aufgrund der Vorratshaltung hat der Kantinenpächter noch eine begrenzte Anzahl an Mehrweg-Plastikflaschen auf Lager. Diese Waren müssen noch konsumiert werden. Anschließend wird die Umstellung abgeschlossen.
- Handlungsbedarf besteht auch für den Kaffeeautomaten, der im Keller am Eingang der Kantine steht. Dieser Automat wurde von einem Automatenaufsteller angemietet. Dort kommen derzeit Plastikbecher zum Einsatz. Der Automatenaufsteller hat uns zugesagt, dass es für dieses Automatenmodell zum

Ende des Jahres ein ganz neues Bechersystem geben wird, das zu 100 % aus Papier besteht und komplett recycelbar sowie ökologisch abbaubar sein wird. Die Umstellung des Bechersystems unseres Automaten soll sofort nach Markteinführung erfolgen.

- Darüber hinaus werden wir den Einkauf von Kugelschreibern und Textmarkern umstellen und zwar von Kunststoffschreibern auf Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen wie z. B. aus Pappe und auf Textmarker aus Holz.

Im Rahmen der Bestandsaufnahme haben wir auch bestimmte, eng umrissene Bereiche identifiziert, in denen wir derzeit nicht ohne Einwegplastik auskommen. Das betrifft folgende Bereiche:

- Im Gesundheitsamt kommen bestimmte Einwegverbrauchsmaterialien aus Plastik zum Einsatz, z. B. für Wasser-, Blut-, Urinproben. Dies ist aus hygienischen Gründen erforderlich.
- Der Transport des Bargeldes aus den Kassenautomaten zu unserer Sparkasse findet unter Verwendung sog. Safebags statt. Bei dem Einsammeln von Bargeld in diesen Plastikbeuteln handelt es sich um ein standardisiertes Verfahren, das durch das von der Sparkasse eingeschaltete Transportunternehmen vorgegeben ist. Auf Nachfrage wurde uns erläutert, dass es derzeit aufgrund revisions- und versicherungsseitiger Vorgaben keine anderen Lösungen gibt. Immerhin sind die zum Einsatz kommenden Safebags mit dem „Blauen Engel“ zertifiziert.
- Einwegplastik kommt derzeit auch zur Anwendung bei Plastikmüllbeuteln in den Teeküchen und in den Reinigungswagen der Reinigungskräfte sowie in Form von Müll- und Hygienebeuteln in den WCs. Dieses Ergebnis ist unbefriedigend. Deshalb wird der Gesamtkomplex der Müllsammlung innerhalb des Kreishauses in Kürze noch einmal gemeinsam mit der AWR unter die Lupe genommen. Dabei sollen sämtliche Prozessschritte kritisch beleuchtet werden mit dem Ziel, den Gebrauch von Plastikbeuteln zu reduzieren.

Darüber hinaus haben wir über den Bereich der Kreisverwaltung hinaus weitere Maßnahmen ergriffen, um zu einer Reduzierung von Plastikmüll zu kommen:

- Hinsichtlich der Wasserflaschen für unsere beiden Wasserspender werden wir unsere Beschaffungspraxis umstellen. Derzeit werden blaue Kunststoffflaschen an die Beschäftigten ausgegeben, um sich Wasser aus den Wasserspendern abfüllen zu können. Wir haben noch einen Restbestand an blauen Mehrwegwasserflaschen. Sobald dieser Bestand aufgebraucht ist, werden wir auf Glasflaschen umstellen.
- Von der Beteiligungsverwaltung wurden die Tochtergesellschaften des Kreises angeschrieben, für die Thematik sensibilisiert und gebeten, nach Möglichkeit auf die Verwendung von Einwegplastik zu verzichten und Maßnahmen zur Plastikmüllvermeidung zu ergreifen. Erste Rückmeldungen unserer Tochtergesellschaften liegen bereits vor. Wir werden mit den Geschäftsführungen weiter im Gespräch bleiben und sie bitten, im Rahmen der Beteiligungsberichte in den Hauptausschusssitzungen im November auch über ihren Umgang mit diesem Thema zu berichten.
- Desgleichen stehen wir im Austausch mit den kreiseigenen Schulen. Auch hier werden bereits viele Dinge umgesetzt, u. a. der Verzicht auf Plastikeinweggeschirr oder Kleinstverpackungen für Zucker und Milch. Mit den Schulleitungen führen wir Gespräche mit dem Ziel, noch weitere Maßnahmen zur Plastikmüllvermeidung umzusetzen.
- Und schließlich werden wir das Thema mit unseren Leistungserbringern im sozialen Bereich sowie im Jugendhilfebereich ansprechen. Dafür bieten sich Gremien wie beispielsweise die Qualitätszirkel oder die Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII an. Wir werden dort vom Anliegen des Kreises und unserem Vorgehen berichten und die Leistungserbringer bitten, unserem Beispiel zu folgen.

Über das Thema Einwegplastik haben wir unsere Beschaffungsvorgänge insgesamt daraufhin überprüft, ob sie unter Umweltgesichtspunkten verträglich sind. Auch hier gilt, dass in vielen Bereichen bereits seit Jahren klima- und umweltschonend eingekauft wird. Zu nennen sind folgende Bereiche:

- Unser größter Verbrauchsposten ist das Kopierpapier mit jährlich rund 8 Mio. Blatt – davon werden ca. 3,8 Mio. Blatt im Kreishaus sowie ca. 4,1 Mio. Blatt in den kreiseigenen Schulen verwendet. Unser Kopierpapier ist recycelt und zertifiziert mit dem „Blauen Engel“. Gleiches gilt für die Briefumschläge, die wir in der Kreisverwaltung verwenden.

- Unser in den WCs eingesetztes Toilettenpapier ist ebenfalls mit dem „Blauen Engel“ und mit dem EU-Ecolabel zertifiziert. Gleichwohl wollen wir hier noch besser werden. Wir werden schnellstmöglich auf recyceltes Toilettenpapier umstellen.
- Im Bereich Möbelbeschaffung spielt der Umweltschutz bei uns im Hause seit vielen Jahren eine große Rolle. Alle Hersteller und Zulieferer, von denen wir Produkte beziehen, sind umweltzertifiziert. Sie erfüllen Qualitätsstandards nach verschiedenen Normen und sind zertifiziert mit dem „Blauen Engel“ bzw. ISO 14001 Umweltmanagement oder dem Zertifikat des Deutschen Institutes für Nachhaltigkeit und Ökonomie.
- Und schließlich beziehen wir seit vielen Jahren für unsere Kreisliegenschaften ausschließlich Ökostrom. Das mag heute vielleicht Standard sein; im Jahr 2012, als wir erstmalig so ausgeschrieben hatten, war es das noch nicht.

Auch unser Fuhrpark entspricht bereits überwiegend den Anforderungen an eine klimaschonende Mobilität. Der Fuhrpark besteht insgesamt aus 32 Fahrzeugen und setzt sich zusammen aus 25 Pkw und sieben Nutzfahrzeugen (ein Kleinbus, ein „Probennahmebus“ der Wasserbehörde, zwei Blitzer sowie drei Nutzfahrzeuge, die von Haus und Hof vor allem für Materialtransporte und Winterdienstarbeiten eingesetzt werden).

Unsere Pkw-Flotte setzt sich zusammen aus drei rein elektrischen Fahrzeugen, 15 Fahrzeugen mit Hybridtechnologie und sieben Fahrzeugen mit konventionellem Diesel- bzw. Benzinantrieb. Eine komplette Umstellung auf Hybrid- bzw. Elektroantrieb scheitert derzeit daran, dass bei unseren Außenstellen – es handelt sich dabei überwiegend um angemietete Räumlichkeiten – noch nicht die erforderliche Ladeinfrastruktur vorhanden ist.

Wir haben das Thema aufgegriffen und werden versuchen, mit unseren Vermietern die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen, damit wir auch hier innerhalb der nächsten drei Jahre auf Hybrid- bzw. Elektrofahrzeuge umstellen können.

Was die Nutzfahrzeuge betrifft, wurden durch Autohersteller bislang bei den entsprechenden Ausschreibungen keine Fahrzeuge mit alternativen Antrieben angeboten. Bei zukünftigen Ersatzbeschaffungen werden wir auch hier versuchen, auf



klimaschonendere Fahrzeuge umzustellen. Dies setzt dann allerdings die Verfügbarkeit solcher Modelle mit entsprechenden Reichweiten voraus.

Zur Abrundung der Thematik möchte ich einen Blick auf unsere IT werfen. Hier wird unter dem Stichwort „Green IT“ die Umweltverträglichkeit von Informations- und Kommunikationstechnologie behandelt. Dabei werden verschieden Aspekte betrachtet, unter anderem:

- Verringerung des Energieverbrauchs in der Nutzung,
- Reduzierung des Energie- und Materialverbrauchs sowie Minimierung des Einsatzes von Schadstoffen bei den Herstellungsprozessen,
- Recycling und energiesparende Entsorgung.

In der Kreisverwaltung liegt seit vielen Jahren ein Hauptaugenmerk auf der Reduktion des Energieverbrauches in der Nutzung der Endgeräte. Dort haben wir in den letzten Jahren große Fortschritte erzielt und zwar trotz eines deutlichen Ausbaus unserer IT-Infrastruktur.

Die Zahl der Endgeräte stieg in dem Zeitraum 2013 bis 2018 von 533 auf 785 Arbeitsplatzrechner; dies entspricht einem Anstieg um 48%. Gleichwohl sank der Jahresstromverbrauch und zwar über alle Geräte betrachtet, im gleichen Zeitraum von 574.192,50 kW/h pro Jahr auf 204.462,30 kW/h pro Jahr. Dies entspricht einem Rückgang um 64,5%. Diese Verbrauchssenkung ist das Ergebnis einer stringenten Umstellung auf Thin Clients.

Darüber hinaus haben wir eine eigene Praxis entwickelt, was den laufenden Austausch von Endgeräten anbelangt. Der Landesrechnungshof empfiehlt einen regelmäßigen Austausch dieser Komponenten nach vier Jahren. Wir sind abweichend davon zu der Auffassung gelangt, dass Thin Clients oftmals deutlich länger betrieben werden können und ihre Nutzungszeit auf sieben bis acht Jahre ausgedehnt werden kann, ohne dass Störungen auftreten. Auch dadurch werden Schadstoff-Emissionen bei der Produktion und dem Recycling nach Außerbetriebnahme der Geräte erheblich reduziert.

Bei der Entsorgung unserer IT-Hardware arbeiten wir mit einem Recycling-Fachbetrieb zusammen, der die Endgeräte in Deutschland nach den gelten Umweltvorschriften aufbereitet.

Die Beschaffung unserer IT-Komponenten erfolgt im Wesentlichen über Dataport. Dort wird die ressourcenschonende Nutzung von IT in vielfältiger Weise mitgedacht. Im Rahmen von Vergabeverfahren für IT-Hardware finden die Aspekte von Green IT Berücksichtigung. Dies wurde mir von Dataport in der letzten Woche noch einmal ausdrücklich versichert und dargelegt.

Ich habe Ihnen hiermit einen ausführlichen Überblick über unsere Beschaffungspraxis gegeben. Möglicherweise wirkt es auf Sie etwas kleinteilig. Allerdings gibt es nicht den einen Hebel, den man umlegen kann. Sondern es sind viele Stellschrauben, die erst im Zusammenspiel dazu führen, dass die Beschaffungsvorgänge klima- und ressourcenschonenden Anforderungen entsprechen. Deshalb der Blick auf die vielen, für sich genommen kleinen Handlungsfelder.

Hoffentlich ist deutlich geworden, dass wir bereits seit vielen Jahren in unseren Beschaffungsvorgängen Umweltschutzaspekte mit bedenken und berücksichtigen.

Gleichwohl lohnt es sich, immer wieder kritisch auf diese Thematik zu schauen. Auch für mich waren der Antrag des SSW und die anschließende Behandlung im Umwelt- und Bauausschuss ein guter Anlass, um sämtliche Beschaffungsprozesse auf den Prüfstand zu stellen. Und es hat sich gelohnt. Denn wir haben erkannt, dass wir in dem einen oder anderen Bereich noch besser werden können.

Für die Bereiche, in denen eine Umstellung derzeit noch nicht möglich ist, sage ich Ihnen zu: Wir werden das Thema im Blick behalten und uns von dem Einwegplastik verabschieden, sobald sich entsprechende Lösungen auftun.

### **Neubau der Feuerwehrtechnischen Zentrale und des Löschzug-Gefahrgut**

Die Planungen für den Neubau sind seit meinem Bericht in der letzten Kreistagssitzung weiter vorangeschritten. Die Bewerbungsfrist für Bieter auf die Generalplanung im EU-

weiten Verfahren ist abgeschlossen. Es hatten sich fünf Bieter beworben, und zwar allesamt aus Schleswig-Holstein und darunter auch Büros aus dem Kreisgebiet. Die Eignungsprüfung wurde durch die GMSH durchgeführt. Anfang Juni fanden die Auswahlgespräche mit den Bietern statt. Derzeit läuft eine Phase, in der die Bieter ein abschließendes Angebot abgeben können. Wenn alles glatt läuft, kann dann Anfang Juli der Zuschlag erteilt werden. Anschließend soll umgehend mit der Planung und Erstellung des Entwurfs begonnen werden. Zusammenfassend kann ich heute berichten: Wir liegen im Zeitplan.

Die Projektgruppe hat darüber hinaus auf Grundlage des bereits erstellten Raumprogramms ein Raumbuch entwickelt. Darin sind für jeden einzelnen Raum die Angaben zur Beschaffenheit von Wänden, Böden, Decke sowie technischer Ausstattung, inkl. Möblierung definiert.

Auf dieser bereits sehr detaillierten Basis sind die Kosten für das Gebäude, die Möblierung und die technische Ausstattung überprüft und fortgeschrieben worden. Die Gesamtkosten belaufen sich nach heutigem Stand auf insgesamt rund 11,45 Mio. EUR. Das sind knapp 1,56 Mio. EUR mehr, als im Haushalt 2019 bereitgestellt worden sind. Die Veränderungen in der Kostenfortschreibung basieren im Wesentlichen auf folgenden Faktoren:

- Die Detailplanung hat ergeben, dass zusätzliche Flächen in Höhe von rund 200 qm einzuplanen waren. Hieraus ergibt sich ein Mehraufwand von rund 510.000 EUR.
- Auch die Ausstattung wurde im Rahmen der Detailplanung in wenigen Punkten angepasst und ergänzt. Dieses hat eine Kostenfortschreibung um knapp 190.000 EUR zur Folge.
- Etwas mehr als 1,24 Mio. EUR und damit der Großteil der Kostenfortschreibung resultiert daraus, dass wir nunmehr die zu erwartenden Preissteigerungen bis zum Zeitpunkt der Ausführung in den Jahren 2020 bis 2022 eingerechnet haben. Die ursprüngliche Kostenschätzung basierte noch auf dem Stand 1. September 2018 und den seinerzeitigen Preisen. Auf diesen Umstand wurde in der Vorlage, die Grundlage für die Beschlussfassung des Kreistages war, bereits hingewiesen.
- Diesen Kostensteigerungen stehen Einsparungen gegenüber der ursprünglichen Kalkulation in einer Größenordnung von 374.000 EUR gegenüber. Sie resultieren aus weiteren Synergieeffekten, die aus der Zusammenlegung der

Feuerwehrtechnischen Zentrale (FTZ) und des Löschzug-Gefahrgut (LZ-G) resultieren, sowie aus Einsparungen beim Grundstück und bei den Planungsleistungen.

Im Ergebnis kommen wir dann auf die vorgenannten 1,56 Mio. EUR Mehrkosten, die nunmehr in der Kostenfortschreibung berücksichtigt sind. Allerdings steht auch diese Zahl noch unter Vorbehalt. Denn sie basiert nach wie vor lediglich auf Kostenschätzungen. Im weiteren Fortgang wird durch das Planungsbüro eine Kostenberechnung vorzulegen sein. Sie wird eine noch genauere Kostenermittlung als die derzeit vorliegende Kostenschätzung darstellen. Erst wenn die Kostenberechnung vorliegt, werden die zusätzlich benötigten Mittel in die zukünftige Haushaltsplanung eingestellt.

Bei den Planungen für die FTZ und den LZ-G sind ebenso wie beim Neubau des Kreisverwaltungsgebäudes bereits Maßnahmen vorgesehen, die über die Standards der Energieeinsparverordnung (EnEV) hinausgehen. So sind eine verbesserte Wärmedämmung, Isolierverglasung mit hohen Standards, LED-Beleuchtung, eine Beheizung über Brennwertkessel sowie ein bestimmter Anteil an Photovoltaik vorgesehen. Bei dem Kreisverwaltungsgebäude ist der Anschluss an den Eisspeicher in Verbindung mit einer Fußbodenheizung mit Niedrigtemperaturen sowie die Verwendung von gut recycelbaren Baustoffen in den der Haushaltsplanung zugrunde liegenden Kostenschätzungen bereits berücksichtigt. Für beide Objekte gilt allerdings auch, dass darüber hinausgehende Maßnahmen mit den im Haushaltsplan 2019 bereitgestellten Mitteln nicht umsetzbar sind.

Mit weiteren Haushaltsmitteln könnten zusätzliche Maßnahmen umgesetzt werden. Maßnahmen, die sich positiv auf die klimaschonende Nutzung und die Nachhaltigkeit der Gebäude auswirken. Ich habe deshalb dem Hauptausschuss in einer Vorlage für die Sitzung am 20. Juni 2019 vorgeschlagen, dem Kreistag zu empfehlen, im Zuge eines Nachtragshaushaltes für beide Neubauplanungen zusätzliche Haushaltsmittel in einer Größenordnung von etwas mehr als 1,6 Mio. EUR bereitzustellen.

Mit diesen Mitteln ließen sich beide Gebäude mit Gründächern und mit zusätzlicher Photovoltaik ausstatten. Zudem ließen sich bei dem Feuerwehrneubau die Räumlichkeiten energiesparend mit Erdwärme beheizen. Und wir würden bei dem Feuerwehrneubau

prüfen, ob die Ansiedlung eines Bienenvolkes auf dem dann als Gründach geplanten Dach oder jedenfalls auf dem Grundstück sinnvoll ist.

Darüber hinaus würde uns ein entsprechender Nachtrag in die Lage versetzen, gemeinsam mit den Planern für die beiden Gebäude Maßnahmen festzulegen, die sich an den Anforderungen der Deutschen Gesellschaft für nachhaltiges Bauen (DGNB) orientieren und die zu einer weiteren Optimierung führen würden.

Ich hoffe, dass diese Vorschläge die Zustimmung des Hauptausschusses finden. Dann ließe sich mit dem Neubau der FTZ und des LZ-G auch unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten ein deutliches Zeichen setzen.

### **ÖPNV – Vorstellung eines innovativen Pilotprojekts für den Wirtschaftsraum Rendsburg**

Mit der Ausschreibung des Stadtverkehrs Rendsburg hat der Kreis deutliche Kosteneinsparung bei gleichbleibender Leistung erzielt. Der an den Altbetreiber im Jahr 2016 zu leistende Zuschuss in einer Größenordnung von 1.9 Mio. EUR konnte im Jahr 2017 auf rund 800.000 EUR reduziert werden. Der Kreistag hat daher im Rahmen der Haushaltsaufstellung für 2019 beschlossen, einen Teil der eingesparten Mittel in die Weiterentwicklung des ÖPNV im Wirtschaftsraum Rendsburg zu investieren. Dementsprechend wurde in den Haushalt 2019 ein Budget von 300.000 EUR eingestellt, das zur Entwicklung von innovativen Angebotsformen im Stadtverkehr vorgesehen ist.

Auf Basis dieses Projektbudgets hat die Kreisverwaltung zusammen mit dem Betreiber des Stadtverkehrs, der Transdev Nord GmbH, mögliche Projekte für den Stadtverkehr eruiert. Die Auswahl fiel auf ein so genanntes On-Demand-Angebot. On-Demand bedeutet, dass der Nutzer des ÖPNV entweder über eine App oder über ein Callcenter des Betreibers seinen Abfahrtstandort und seinen gewünschten Ankunftsstandort anmeldet. Der Bus hat dann – digital unterstützt - die Möglichkeit, die für den Fahrgast optimale Route zu fahren. Rufen mehrere Kunden an, wird – ebenfalls computergestützt – eine optimale Route berechnet und dann auch gefahren. Dabei sollen E-Kleinbusse zum Einsatz kommen.

Vorgesehen ist, diese Bedienform zunächst pilothaft in den Abendstunden anzubieten, wenn und soweit es keinen Linien-ÖPNV mehr im Wirtschaftsraum Rendsburg gibt.

Mit diesem Projekt sollen zwei Zielsetzungen erreicht werden: Zum einen soll das Mobilitätsangebot als Bestandteil der Daseinsvorsorge im Stadtverkehr Rendsburg ausgeweitet werden. Darüber hinaus soll durch die Verbesserung des ÖPNV unter Nutzung von E-Technologie der CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduziert und damit ein Schritt hin zu einer klimaschonenderen Mobilität gemacht werden.

Das MELUND begrüßt und befürwortet unser Konzept. Eine Förderung über die Richtlinie der Energiewende und Umweltinnovationen (EUI-Richtlinie) wurde uns in Aussicht gestellt.

Derzeit wird durch die Projektpartner der offizielle Projektvorschlag für die erste Phase des Verfahrens zur Beantragung einer Zuwendung bei der WTSH ausgearbeitet. Sobald die Fördermittel bewilligt sind und wir vor der Umsetzungsphase stehen, wird das Projekt im Regionalentwicklungsausschuss als dem zuständigen Fachausschuss zur abschließenden Beratung vorgelegt.

### **Jobticket für Beschäftigte der Kreisverwaltung.**

Zum Schluss meines Berichts möchte ich noch aufzeigen, dass wir auch innerhalb der Kreisverwaltung die Nutzung des ÖPNV fördern.

Durch Beschluss des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein (KAV) ist es den Mitgliedern des KAV seit kurzem möglich, einen Fahrtkostenzuschuss zu einem ÖPNV-Ticket als steuerfreien Sachbezug bis zu einer Höhe von 25,00 EUR monatlich zu gewähren. Der Fahrtkostenzuschuss soll dazu beitragen, sich als attraktiver und umweltfreundlicher Arbeitgeber zu präsentieren.

Wir haben nunmehr von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und gewähren seit dem letzten Monat unseren Beschäftigten auf Antrag einen entsprechenden Fahrtkostenzuschuss. Auch das soll ein kleiner Beitrag hin zu einer klimaschonenderen Mobilität sein.

Rendsburg, den 17. Juni 2019

Dr. Rolf-Oliver Schwemer

Landrat